



Beschluss

Aufbruch für Deutschland! Der Weg aus der Krise

**46. Landesparteitag
der
CDU Baden-Württemberg
CongressCentrum
Pforzheim
24.5.2003**

Aufbruch für Deutschland!

Der Weg aus der Krise

A. Schonungslose Analyse der Lage

Deutschland steht am Rande einer tief greifenden Rezession. Seit Jahren haben wir fast kein Wirtschaftswachstum mehr. Wir bleiben mit den geringen Zuwachsraten hinter den wichtigsten europäischen Ländern weit zurück. Wir geben in Deutschland mehr Geld als jedes andere europäische Land zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus mit dem Ergebnis, dass die Arbeitslosigkeit ständig weiter steigt. Wir haben ein kompliziertes Steuersystem mit zu hohen Steuersätzen, das wirtschaftliche Aktivitäten bremst und nicht stärkt. Durch zu hohe Sozialabgaben werden die Nettolöhne gedrückt, was Konsum und Binnenkonjunktur schadet. Wir haben inzwischen in Deutschland eine unerträglich hohe Regelungsdichte. Die Bürokratie erstickt viele Aktivitäten schon im Keim. Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist erdrückend und engt den politischen Spielraum für die nächsten Jahre auf nahezu Null ein. Politik als Mangelverwaltung ist aber keine Perspektive mit der sich die CDU Baden-Württemberg zufrieden gibt. Die demographische Entwicklung stellt unser Land vor neue bisher ungeahnte Herausforderungen. Obwohl auch dies bekannt ist, wurden noch keine ausreichenden Handlungsoptionen dafür entwickelt. Weder in der Strukturpolitik noch in der Sozialpolitik.

Diese Tatsachen sind nichts Neues. Sie werden seit Jahren diskutiert. Deshalb wird auch immer wieder beklagt, dass wir in Deutschland kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsdefizit hätten. Gerade die Meinungsumfragen der letzten Wochen zeigen aber, dass die Aussage in dieser Eindeutigkeit nicht stimmt.

Die Menschen wissen zwar, dass die wirtschaftliche Lage dramatisch ist und dass die Sozialversicherungssysteme reformiert werden müssen. Sie sind aber dennoch nicht in allen Handlungsfeldern bereit, notwendige Reformmaßnahmen zu akzeptieren. Das gilt vor allem für die sozialen Sicherungssysteme Krankenversicherung und Rente.

In der Demokratie können notwendige Reformmaßnahmen aber nur mit und nicht gegen die Bevölkerung durchgeführt werden. Deshalb ist eine schonungslose Analyse der Lage dringend erforderlich. Schönreden hilft nicht mehr weiter. Es muss klar werden, dass eine echte Sozialpolitik nicht von der formelhaft vor sich hergetragenen sozialen Gesinnung abhängt. Wer wie die CDU Baden-Württemberg Deutschland auch in Zukunft als einen sozialen Staat will, muss hierfür die Voraussetzungen durch konsequente Reformen erhalten.

Dabei muss den Menschen vermittelt werden, dass die notwendigen Maßnahmen nicht die Zerstörung des Sozialstaates bedeuten und niemand existentiell gefährdet wird. Das Motto muss also heißen: **Veränderungen wagen. Vertrauen erhalten.**

B. Die wichtigsten Handlungsfelder für mehr Wachstum und Beschäftigung

1. Verlässlichkeit bei den Entscheidungsgrundlagen unserer Wirtschaft

Die Politik muss einen verlässlichen Zeitrahmen für die wichtigsten Handlungsentscheidungen in der Wirtschaft vorlegen. Das ständige Hin und Her, der Unterschied zwischen Ankündigung und Umsetzung, verunsichert die deutsche Wirtschaft enorm. Die unschlüssige und inkonsequente Politik der rot-grünen Bundesregierung mit ständig neuen Überraschungen, zwingt die deutsche Wirtschaft geradezu in eine Wartestellung, mit dem Ergebnis, dass Investitionen zurückgestellt werden. Damit dreht sich die Spirale weiter nach unten und verstärkt die Geschwindigkeit des Abstiegs. Zugleich werden Länder für Investitionen attraktiv, die von der Kostenstruktur her gar nicht so viel günstiger sind als Deutschland aber klare politische Rahmenbedingungen haben.

Die CDU Baden-Württemberg fordert deshalb die Bundesregierung auf, einen verbindlichen Fahrplan für die weitere Entwicklung Deutschlands vorzulegen.

2. Steuern senken heißt Wirtschaft ankurbeln und Einnahmen der öffentlichen Hand verbessern

Die Steuerlast in Deutschland ist insgesamt zu hoch. Und dennoch gehen die öffentlichen Einnahmen immer weiter zurück. Das zeigt deutlich, dass nur ein anderer Weg zum Erfolg führt. Die Steuern müssen sinken, damit das Wirtschaftswachstum angekurbelt wird und die Einnahmen der öffentlichen Hand steigen. Zahlreiche Beispiele aus dem Ausland, etwa Neuseeland, USA, Großbritannien und Schweden, belegen dies. Es muss deshalb schnellstens eine große Steuerreform beschlossen werden. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- An den bereits beschlossenen Steuersenkungen für 2004 und 2005 muss festgehalten werden.
- Deutliche Reduzierung der umfassenden Vorschriften vor allem im Einkommensteuergesetz. Jeder Bürger muss wieder seine Steuererklärung selbst erstellen können.
- Drastische Senkung der Steuersätze bei der Einkommensteuer für Bürger und Unternehmen.
- Rechtsformneutralität im Unternehmensbereich. Die ungerechte und unterschiedliche Behandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften muss aufhören.

Eine solche Steuerreform muss verbindlich spätestens mit dem 01.01.2006 - gegebenenfalls in Stufen - in Kraft gesetzt werden.

Zu einer raschen Entlastung von Bürgern und Wirtschaft gibt es keine Alternative. Dies ist auch erforderlich zur Erreichung des Zieles einer Konsolidierung der Staatsfinanzen

und der angestrebten Nullverschuldung im Land ab 2006. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen einer einbrechenden Konjunktur und rasant fallender Steuereinnahmen ist diese zentrale Herausforderung vielmehr nur zu bewältigen, wenn durch konsequente Maßnahmen die Wachstumskräfte wieder geweckt werden. Auch und gerade in Zeiten sehr enger finanzieller Handlungsspielräume müssen diese ausgenutzt werden, um Impulse für mehr Wachstum zu setzen.

3. Mehr Wachstum erfordert Förderung der Wirtschaft und Ausbau von Forschung und Entwicklung

Mit all den notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Kostenstruktur und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist aber allein die Zukunft nicht zu gewinnen. Wir Deutschen müssen uns klar werden, womit wir in Zukunft unser Geld verdienen wollen. Dazu muss in erster Linie ein wirtschaftsfreundliches Klima in Deutschland geschaffen werden.

Mittelstand und Handwerk sind das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Mehrzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze bestehen dort. Deshalb gilt es, gerade sie in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu rücken. In der gegenwärtigen Krise fordern wir deshalb, dass die Förderbanken von Bund und Ländern die Mittelstandsförderung neu ordnen und vereinfachen, um die notwendige finanzielle Unterstützung gewährleisten zu können. Durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes mit einer Reduzierung von Anzahl, Größe und Freistellung der Betriebsräte wollen wir sie ebenfalls entlasten.

Neben der Pflege vorhandener Produktionsstrukturen gilt es aber auch, der Wirtschaft den Weg in neue Produktionsfelder zu erleichtern. Genau das Gegenteil droht regelmäßig von der rot-grünen Bundesregierung.

So muss die Forschung im Bereich der Lebens- und Biowissenschaften verstärkt werden. Dies gilt nicht nur für die sogenannte „rote“, sondern auch für die „grüne“ Gentechnik. In beiden Bereichen hat es von der rot-grünen Bundesregierung bisher mehr Behinderung als Förderung gegeben, während das Land Baden-Württemberg konkrete Schwerpunkte fördert: Aus der Zukunftsoffensive III wurden über 30 Mio. Euro für „Lebenswissenschaftliche Zentren“ zur Verfügung gestellt; und die Landesstiftung fördert mit rund 20 Mio. Euro das Programm „Offensive Biotechnologie Baden-Württemberg“. So wird sichergestellt, dass die Spitzenforschung im Land in neue Anwendungen und Produkte umgesetzt wird.

Ähnliches gilt für die Zukunftsbereiche der Unternehmenssoftware, der Informations- und Kommunikationstechnologie, sowie der optischen Technologien als Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Hier hält das Land Förderprogramme in Höhe von fast 25 Mio. Euro vor und stärkt die Forschung, etwa durch das von der Landesstiftung eingerichtete Photonik-Zentrum.

Während Baden-Württemberg die Weichen in Richtung Zukunft stellt, kürzt die rot-grüne Bundesregierung die Mittel für die Forschungsförderung drastisch.

Notwendig wäre dagegen eine Erhöhung der Mittel für Forschung auch auf Bundesebene: Wer jetzt die Forschung nicht enorm fördert, wird bereits in wenigen Jahren bei der Produktion zukunftssträchtiger Produkte im Wettbewerb abgehängt sein.

Verbunden mit einer Forschungsförderung muss auch das Werben für eine verstärkte naturwissenschaftliche Bildung und Ausbildung sein. Baden-Württemberg geht in diesem Bereich in allgemein bildenden Schulen konsequent voran. Dennoch muss die Quote der Studentinnen und Studenten, die ein naturwissenschaftliches Studium aufnehmen, erhöht werden.

Auch die Energieversorgung ist eine entscheidende Zukunftsfrage. Es geht nicht nur um die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Energie. Vielmehr ist eine zuverlässige Energieversorgung auch ein Standortfaktor, der immer mehr Bedeutung erlangen wird.

Seit Jahren gibt es in Deutschland keinen Konsens mehr über die Energieversorgung der Zukunft. Dem Ausstieg aus der Kernenergie hat die rot-grüne Regierung kein Konzept für die zukünftige Energieversorgung folgen lassen. So richtig es ist, regenerative Energieformen zu fördern, so wenig werden sie für ein hochindustrialisiertes Land die Energieversorgung sichern können. Für die Energieversorgung der Zukunft müssen noch erhebliche Forschungsmittel aufgebracht werden.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die Diskussion um den Klimaschutz und die regenerativen Energien auf die wirklich wichtigen Punkte zu konzentrieren. Gerade weil wir ehrgeizige Ziele für Wirtschaft und Umwelt haben, brauchen wir Innovation und kostengünstige Instrumente, sowohl beim Energiesparen als auch bei neuen Energien. So muss z.B. das Erneuerbare EnergienGesetz geändert werden, um Überschubventionen und Mitnahmeeffekte zu vermeiden, der marktwirtschaftliche Emissionsrechtehandel muss in Gang kommen, die Energieeffizienz im Wärmebereich und im Verkehr muss erhöht werden. National und international brauchen wir mehr Marktwirtschaft in der Umweltpolitik und mehr Umweltpolitik in der Marktwirtschaft.

4. Weniger Staat und klare Zuständigkeiten

Mit einer Staatsquote, die sich kontinuierlich der Marke von 50% nähert, stehen wir heute vor der unausweichlichen Erkenntnis, dass sich die in Deutschland einst über Jahrzehnte so erfolgreiche soziale Marktwirtschaft immer mehr in Richtung Staatswirtschaft entwickelt hat. Es lässt sich kaum mehr ein Lebensbereich finden, in den der Staat heute nicht reglementierend eingreift. Durch die damit verbundenen enormen Kosten wird die Entscheidungsfreiheit der Menschen und Unternehmen aufgrund der Abgabenlast eingeschränkt. Zugleich wird durch eine oft genug maßlose Überreglementierung der eigentliche Zweck des Schutzes der Bürger vor Gefahren nicht mehr erreicht.

Letztlich berauben wir uns so unserer Wettbewerbsfähigkeit, ohne einen Nutzen zu ziehen der auch nur ansatzweise im Verhältnis zu den Nachteilen steht.

Wir brauchen deshalb zweierlei: Zum einen eine umfassende Entbürokratisierung, zum anderen einen konsequenten Rückzug des Staates von allen Aufgaben, die private Anbieter besser erbringen können.

Wir fordern deshalb Bund und Länder dazu auf, wie Baden-Württemberg den Paragraphenschwengel unverzüglich zu lichten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, sich an einer Stelle über Bürokratieauswüchse zu beschweren, unabhängig davon, von welcher staatlichen Ebene diese ausgehen.

Die Bundesstatistiken müssen hinsichtlich ihres Informationswertes für die öffentliche Hand untersucht werden. Damit in Zukunft nur noch das Notwendige erhoben wird, fordert die CDU Baden-Württemberg, auch hier nach dem Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ zu verfahren.

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt die von der Landesregierung beschlossene Verwaltungsstrukturreform nachdrücklich. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Reform konsequent und zügig umzusetzen. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Zuständigkeiten staatlicher Stellen so gebündelt werden, dass der Kontakt von Unternehmen mit dem Staat über lediglich eine Stelle abgewickelt werden kann. Bei der Umsetzung sollen auch die Voraussetzungen für eine optimale Nutzung moderner elektronischer Kommunikationsmittel im Bereich der Verwaltung geschaffen werden.

Im Rahmen einer konsequenten Aufgabenkritik muss noch stärker als bisher nach der Notwendigkeit staatlichen Handelns gefragt werden. Dabei soll der Staat künftig nur noch die Aufgaben wahrnehmen, die hoheitlich sind oder die Private nicht besser und in ausreichender Qualität erbringen können.

Innerhalb des staatlichen Handelns muss Schluß sein mit dem immer undurchschaubareren Kompetenzwirrwarr zwischen den einzelnen Staatsebenen. Durch eine verhängnisvolle Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten wurde das von der Verfassung vorgesehene Prinzip der primären Länderzuständigkeit ausgehebelt. Die Verwischung von Verantwortlichkeiten hat in erheblichem Maße zu einer Lähmung des Systems beigetragen. Wir fordern deshalb wieder stärker am Prinzip der Subsidiarität und Dezentralität ausgerichtete Entscheidungsstrukturen, die den regionalen Gegebenheiten besser Rechnung tragen und damit auch effizienter sind.

Mit einem echten Wettbewerbsföderalismus wollen wir für die Bürger ein breiteres und vielfältigeres Angebot politischer Konzepte schaffen, durch die Qualitäts- und Erfolgsvergleiche ermöglicht und damit Entwicklungs- und Verbesserungspotentiale mobilisiert werden.

Bei der im Grundgesetz zugelassenen Länderneugliederung hat Baden-Württemberg vor 50 Jahren den Weg gewiesen und gezeigt, wie durch eine sinnvolle Länderfusion wirtschaftlich blühende und schlagkräftige Einheiten entstehen können. Wir halten es für an der Zeit, dass andere Länder diesem Beispiel folgen, um die Voraussetzungen für einen echten Wettbewerb zwischen den Ländern zu schaffen. Vor diesem Hintergrund war das bisherige System des Länderfinanzausgleiches verfehlt, das weder Leistung belohnte, noch Anreize für eine Neugliederung nicht leistungsfähiger Länder schaffte.

Wir werden auch die ab 2005 geltende Neuregelung des Länderfinanzausgleichs im Hinblick auf diese Aspekte kritisch beobachten.

5. Aus Arbeitslosen müssen Arbeitnehmer werden

Die Hürden zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zum Einstieg in Arbeit sind in Deutschland zu hoch. Das galt in der Vergangenheit bei noch moderatem Wirtschaftswachstum und gilt nun umso mehr bei einem gegen Null tendierenden Wachstum.

Um Arbeitsplätze zu erhalten und Arbeitslosigkeit abzubauen, hält die CDU Baden-Württemberg folgende konkrete Maßnahmen für notwendig:

- Es müssen betriebliche Bündnisse für Arbeit in Zukunft zulässig sein. Um Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, muss mit einem entsprechend qualifiziertem Votum von Betriebsrat und Arbeitnehmerschaft in einem Betrieb vom Flächentarifvertrag abgewichen werden können, ohne dass Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden dagegen Einspruch erheben können.
- Unabhängig von der Betriebsgröße wird bei allen Neueinstellungen dem Arbeitssuchenden und dem Arbeitgeber die Option ermöglicht, zu vereinbaren, dass am bisherigen Kündigungsschutz festgehalten wird oder dass der Arbeitnehmer im Falle einer betrieblich bedingten Kündigung gegen Verzicht auf den Kündigungsschutz eine gesetzlich geregelte Abfindung erhält. Die vom Arbeitgeber mindestens zu zahlende Abfindung muss gesetzlich festgelegt werden. Dabei ist der Beschäftigungszeit des Arbeitnehmers und der Leistungskraft des Arbeitgebers Rechnung zu tragen.
- Das Kündigungsschutzgesetz gilt nicht für Neueinstellungen bei Unternehmen, die weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigen.
- Für alle Existenzgründer - unabhängig von der Unternehmensgröße - entfällt während der ersten vier Jahre ihrer Existenz der Kündigungsschutz für ihre Mitarbeiter.
- Ergänzend zum Optionsmodell ist aus Gründen der Rechtssicherheit und der Planbarkeit eine Beschränkung der bei der Sozialauswahl zu berücksichtigenden Gesichtspunkte auf die maßgeblichen Kriterien Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter und Unterhaltspflichten der Arbeitnehmer sowie Leistungskraft des Unternehmens abzustellen. Deshalb ist auch eine Beschränkung der Nachprüfbarkeit von Richtlinien zur Sozialauswahl richtig und notwendig.

6. Arbeit muss attraktiver sein als der Bezug von Sozialleistung.

Jüngste Untersuchungen des Bundesrechnungshofes zeigen, dass rund ein Fünftel der Arbeitslosen gar kein Interesse mehr daran hat, Arbeit zu finden. Der Bezug von sozialen Leistungen ist attraktiver als Arbeit. Das muss geändert werden. Leistung muss sich in Deutschland wieder lohnen.

Für ein eigenständiges soziales Sicherungssystem mit der „Arbeitslosenhilfe“ besteht keine Notwendigkeit neben dem System der Sozialhilfe. Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen deshalb zu einem Hilfesystem zusammengeführt werden. Arbeitsverwaltung und Kommunen müssen dabei eng zusammenarbeiten. Der Schwerpunkt der neuen sozialen Leistung sollte aber unter kommunaler Verantwortung liegen, schon um dem bürokratischen Dschungel der Bundesanstalt für Arbeit zu entfliehen. Diese Maßnahmen darf jedoch nicht zu einer Kostenverschiebung auf die Kommunen führen. Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen auf dem Niveau der heutigen Sozialhilfe zusammengeführt werden. Dabei müssen dem Hilfeempfänger aber Ersparnisse zur Altersvorsorge erhalten bleiben. Die Höhe des nichteinsetzbaren Altersvorsorgeeinkommens soll nach Arbeitsjahren gestaffelt sein.

Der Grundsatz, dass jede staatliche Leistung eine persönliche Gegenleistung bedingt, muss wieder stärker hervorgehoben werden. Die Sozialhilfe wird für Arbeitsunwillige pauschal um 30 Prozent gekürzt. Als arbeitsunwillig gilt, wer ein Arbeitsangebot - gleich welcher Art, auch gemeinnützig - oder eine Qualifizierungsmaßnahme - gleich welcher Art - ablehnt. Die Beweislast für die Unmöglichkeit der Annahme liegt allein beim Sozialhilfeempfänger. Denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, müssen Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden (Jobcenter, gemeinnützige Arbeit, Leiharbeit, Sozialarbeit). Wer arbeitet, soll mindestens das bisherige Sozialhilfeniveau (100%) erreichen. Die Möglichkeiten für mehr Nettoeinkommen durch Hinzuverdienst werden massiv erweitert. Dazu wird die Anrechnung einer als Ergänzung verstandenen Sozialhilfe reduziert (aktivierende Sozialhilfe). Hilfeempfänger sind in der Gesetzlichen Krankenkasse zu versichern.

7. Nettolöhne erhöhen, Arbeitskosten verringern, Lohnzusatzkosten senken

Die hohen Lohnzusatzkosten in Deutschland sind einer der Arbeitsplatzkiller in unserem Land. Seit Jahren wird über die Notwendigkeit der Senkung der Lohnzusatzkosten geredet, gemacht wird nichts. Da sich die Abwärtsspirale aber immer schneller dreht, muss jetzt rasch und konsequent gehandelt werden. Um das Ziel einer Senkung der Lohnzusatzkosten unter 40 % zu erreichen, hält die CDU Baden-Württemberg folgendes für notwendig:

- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung muß von 6,5 % auf unter 5 % gesenkt werden. Das bedeutet eine Entlastung der Beitragszahler um rund 12 Milliarden Euro. Dies kann gelingen durch eine Streichung versicherungsfremder Leistungen aus dem Katalog der Bundesanstalt für Arbeit, sowie durch die Einführung eines

Karenzmonats beim Bezug von Arbeitslosengeld und eine Reduzierung der Dauer des Bezugs dieser Leistung. Dabei soll der Grundsatz gelten, je länger jemand gearbeitet und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, desto länger erhält er auch Arbeitslosengeld. Eine Staffelung der Bezugsdauer von 12 bis maximal 18 Monate halten wir für angemessen. Angesichts der von Rot/Grün zu verantwortenden gegenwärtigen Wirtschaftslage und aus Gründen des Vertrauensschutzes soll für einen Übergangszeitraum ab 40 Beitragsjahren ein Anspruch von 24 Monaten Dauer bestehen.

- In der gesetzlichen Krankenversicherung ist ein durchschnittlicher Beitrag von max. 13 % anzustreben. Dies kann nur gelingen, indem man sowohl die Finanzierungsgrundlage reformiert als auch Qualität und Wirtschaftlichkeit verbessert werden. Dabei sind die finanziellen Lasten des medizinischen Fortschritts und der Alterung unserer Gesellschaft ausgewogen zu bewältigen.

Anstelle von Rationierung, Gängelung und staatlichem Dirigismus muss durch Vereinfachung, Entbürokratisierung und Deregulierung sowie Schaffung transparenter und wettbewerbsorientierter Strukturen im Gesundheitswesen das Eigeninteresse der unmittelbar Beteiligten an der Effizienz der medizinischen Versorgung verstärkt und ihre Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erweitert werden. Dazu gehören nach der Auffassung der CDU Baden-Württemberg unter anderem die Verbesserung und Transparenz von Qualität und Kosten der Gesundheitsleistungen innerhalb der GKV durch einen Abrechnungsbeleg und die Wahlmöglichkeit der Kostenerstattung; mehr Wettbewerb und Flexibilität zwischen den Krankenkassen und den Leistungserbringern mit dem Ziel einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung durch eine arztgruppenbezogene Gebührenordnung als Basisvergütung mit festen Preisen für medizinisch notwendige Leistungen und besondere, qualitätsabhängige Versorgungszuschläge über Regel-Leistungsvolumina und ergänzende Direktverträge zur Förderung kooperativer Versorgungsformen.

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt die Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Verschiebebahnhöfe zur Entlastung des Bundeshaushaltes unter gleichzeitiger Belastung der Krankenversicherung zu beenden und die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben aus der solidarischen Krankenversicherung auszugliedern und auf eine breitere und sachgerechte Finanzierungsbasis zu stellen. Steuererhöhungen zur finanziellen Kompensation lehnen wir in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation entschieden ab. Auch ist eine Übertragung der medizinischen Leistung für Zahnbehandlung und –ersatz in die Eigenverantwortung der Versicherten durch eine private Pflichtversicherung anzustreben. Stärker als in vielen anderen Bereichen des Gesundheitswesens hat die Eigenverantwortung in diesem Bereich durch Pflege und Prophylaxe bereits heute einen hohen Stellenwert.

Die Versicherten sollen sich je nach Höhe ihres beitragspflichtigen Einkommens mit einem angemessenen und sozial gestaffelten Betrag in Form von

verhaltenssteuernden und zielgerichteten Zuzahlungen bzw. eines absoluten Selbstbehaltes bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen beteiligen. Bonusregelungen für gesundheitsbewußtes und präventionsorientiertes Verhalten sind vorzusehen.

Die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge bleiben das Fundament bei der Finanzierung der sozialen Sicherung. Ergänzend bedarf es allerdings einer Festschreibung des prozentualen Arbeitgeberbeitrages, um das kontraproduktive Ansteigen der Lohnnebenkosten zu vermeiden.

Bei der Zusammenfassung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist auf eine Gleichbehandlung bei der Krankenhilfe mit GKV-Versicherten hinzuwirken. Dabei ist sicherzustellen, dass für Hilfeempfänger am Leistungsaufwand orientierte Beiträge an die GKV entrichtet werden.

- Der Beitrag zur Rentenversicherung darf 20 % nicht überschreiten.

Die von der Bundespartei eingesetzte Reformkommission unter Leitung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog wird in den nächsten Wochen ihre Vorschläge vorlegen. Die CDU Baden-Württemberg fordert aber schon jetzt die Wiedereinführung des bereits von der CDU geführten Bundesregierung 1997 beschlossenen demographischen Faktors und eine gerechtere Behandlung von Familien im System der Rentenversicherung. Schrittweise muss das heute bei rund 60 Jahren liegende Renteneinstiegsalter auf das gesetzlich vorgesehene Alter von 65 Jahren herangeführt werden.

8. Stärkung von Familie, Erziehung und Bildung

Die demographische Entwicklung mit rückläufiger Kinderzahl einerseits und höherem Lebensalter andererseits hat enorme Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die Wirtschaft und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Eine Kehrtwende zum Besseren erreichen wir nur, wenn auch wieder mehr Kinder geboren werden.

Die Schaffung der dafür notwendigen ideellen Grundlagen ist ein wichtiges Anliegen unserer Politik. Wir setzen uns deshalb in allen Bereichen für ein familienfreundliches Umfeld ein. Mit einer ausdrücklichen Würdigung der Familienarbeit - auch jenseits rein finanzieller Anreize - wollen wir vermitteln, dass Kinder eine Bereicherung und kein Störfaktor sind.

Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten seien daran erinnert, dass die Stärkung von Erziehung und Familie zu ihrem Auftrag gehören. Wir fordern sie deshalb auf, in ihren Programmen wieder verstärkt zu einem kinder- und familienfreundlichen Klima in Deutschland beizutragen.

Wir müssen aber auch die äußeren Rahmenbedingungen für mehr Kinder schaffen. Zentrale Ansatzpunkte hierbei bleiben die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und

Familie und die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien. Wir müssen den Eltern möglichst viele Handlungsoptionen für ihre Lebensgestaltung und die Erziehung ihrer Kinder eröffnen. Kernpunkt unserer Familienpolitik ist die Wahlfreiheit für Eltern.

Die Schaffung und Verbesserung bedarfsgerechter und flächendeckender (Ganztages-) Angebote für die Betreuung von Kindern ist und bleibt wichtig, um zu verhindern, dass qualifizierte Kräfte dem Arbeitsmarkt entzogen werden. Hier leistet das Land mit seinem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ Vorbildliches. Nichtsdestotrotz ist unser Ziel nicht die Schaffung der arbeitsmarktkonformen Familie. Wir wollen vielmehr verstärkte Anstrengungen für den familiengerechten Arbeitsplatz. Zudem stellen uns die Globalisierung und die Veränderung der Märkte von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft vor neue Herausforderungen. Nicht zuletzt im Interesse unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit fordern wir deshalb die Verantwortlichen der Wirtschaft dazu auf, die vorhandenen Instrumentarien zur Erreichung einer besseren Balance zwischen Arbeits- und Familienzeit besser zu nutzen. So müssen beispielsweise Telenarbeit, flexible Wochen- und Lebensarbeitszeitmodelle oder die Berücksichtigung der Familienkompetenz beim Wiedereinstieg in den Beruf verstärkt Eingang in die Betriebe finden. Die Unternehmen in unserem Land können von der Etablierung familienfreundlicher Maßnahmen eindeutig profitieren. Auf die Qualifikationen und den Sachverstand der Frauen in Baden-Württemberg kann im Erwerbsleben nicht verzichtet werden. Dem persönlichen Wunsch der Mehrzahl der Frauen, Beruf und Familienarbeit vereinbaren zu können, würde damit ebenfalls entsprochen.

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu einer Gesellschaft, bei der nicht Profitgier und Eigennutz im Vordergrund stehen, sondern wirkliche Solidarität für die Schwachen sowie mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Leistungsfähigen. Deren langfristige Sicherung kann nur gelingen, wenn wir bei der Bildung und Erziehung unserer Kinder wieder Werte vermitteln, auf deren Grundlage die Erfolge der Nachkriegszeit aufgebaut wurden. Tugenden wie Fleiß, Bescheidenheit oder Verantwortungsgefühl sind nicht überholt, sondern aktueller denn je. Nur wer bereit ist, auch solidarisch zu handeln und nicht nur Solidarität anderer einzufordern, verhält sich wahrhaft sozial. Auch ein normales patriotisches Bewusstsein muss wieder geweckt werden. Nur wer sich dieser Gesellschaft und ihrer Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit verbunden fühlt, ist auch bereit, nicht nur nach dem eigenen Vorteil zu fragen.

Die Reformbestrebungen in der Bildungspolitik müssen sich daran orientieren, dass die Gerechtigkeit beim Zugang zu Bildung verbessert, das frühe Lernen gestärkt, wirksamere Lernstrategien entwickelt und die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterstützt werden.

Baden-Württemberg nimmt ausweislich der internationalen Studien in diesen Bereichen einen Spitzenplatz ein. Wir lehnen es deshalb ab, die Strukturdebatten von vor 30 Jahren erneut zu führen und drängen darauf, dass der Wettbewerb im Rahmen der Kulturhoheit der Länder über die besten Konzepte entscheidet.

Die Entwicklung schulartbezogener Bildungsstandards und eines transparenten Evaluationssystems ist der Schlüssel für die Entwicklung der Unterrichtskultur. Eine

bundesweite Nivellierung am Durchschnitt verbietet sich im Interesse der jungen Menschen.

Ausbildungsplätze sind immer die ersten Opfer einer verfehlten und erfolglosen Wirtschaftspolitik. Berufliche Schulen sind nicht in erster Linie Auffangbecken für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag. Wir erwarten entschiedene Anstrengungen zur Stärkung der dualen Bildung und der zielgenauen Vermittlung Jugendlicher auf vorhandene Ausbildungsplätze.

Die Zahl der Ausbildungsverträge muss wieder deutlich steigen. Auch schwächere Schüler brauchen Ausbildungsperspektiven, die nicht nur in einer Aneinanderreihung beruflicher Vollzeitschulen bestehen dürfen.

Das weltweit gelobte duale System in Deutschland überlebt nicht wegen seiner Reputation, sondern nur durch die Schaffung von genügend Ausbildungsplätzen. Dirigistische Maßnahmen wie eine Ausbildungsplatzabgabe sind nicht geeignet, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wer heute nicht ausbildet, setzt die duale Ausbildung insgesamt und damit die Sicherung einer qualifizierten Facharbeiterschaft aufs Spiel.

Im Bereich der Hochschulen kann ein echter Wettbewerb nur funktionieren, wenn sich das Bemühen um Studierende für Hochschulen lohnt. Wir fordern daher die Einführung moderater Studiengebühren, über deren Verwendung die Hochschulen selbst entscheiden können. Es muss sichergestellt sein, dass durch eine soziale Komponente der Zugang zu höherer Bildung nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden und ihrer Eltern abhängt. Insoweit halten wir ein Modell „nachlaufender“ Studiengebühren für geeignet, bei dem die Erhebung der Gebühr erst dann erfolgt, wenn sich der individuelle Nutzen eines Studiums durch ein entsprechendes Einkommen eingestellt hat.